

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

**Neue Arbeitsformen,
neue Organisationsformen**



SUISSE

SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Felix Gnehm

Geschäftsführer Solidar Suisse

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

In meinen zehn spannenden Dienstjahren bei Solidar Suisse habe ich zahlreiche Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen auf allen Kontinenten besucht. Ich war zutiefst beeindruckt und inspiriert vom mutigen und kreativen Einsatz für die Rechte der Arbeiter*innen, deren Produkte oft auch in unseren Läden landen.

Ich traf auf zähe, starke Kämpfer*innen, die sich unermüdlich für Frauen und Männer jeden Alters aus der tiefsten Einkommensklasse einsetzen. Sie zahlen dabei oft einen hohen Preis und erleben die geballte Kraft des brutal gegen sie vorgehenden Regimes hautnah. Doch sie finden immer neue Wege, sich trotzdem zusammenzuschliessen und weiterzumachen.

Wir widmen diese Ausgabe jenen Verteidiger*innen von Arbeits- und Menschenrechten. Zum Beispiel Vorn Pao, Präsident unserer kambodschanischen Partnerorganisation Independent Democracy of Informal Economic Association. IDEA setzt sich für den Schutz der Rechte von informell Beschäftigten wie Strassenhändler*innen, Hausangestellten, Tuk-Tuk-Fahrer*innen und Arbeiter*innen der boomenden Gig Economy ein (siehe Artikel Seite 8). Vorn Pao wurde für sein Engagement festgenommen, gefoltert und auf vielfache Art und Weise schikaniert. Er und seine Mitstreiter*innen geben nicht auf, und wir unterstützen sie dabei.

Danke, liebe Leserin, lieber Leser, dass Sie unsere Überzeugung teilen: Für Wohlstand, Entwicklung und Fairness braucht es menschenwürdige Arbeit, Rechte und sozialen Schutz.

Felix Gnehm

INHALT

04



Im Fokus – Neue Arbeitsformen, neue Organisationsformen

- 04 Immer mehr Menschen arbeiten ohne feste Anstellung. Es braucht neue Organisationsformen, um die Rechte von informellen Arbeiter*innen durchzusetzen.
- 08 Während die formelle Wirtschaft zunehmend dem Outsourcing zum Opfer fällt, erheben marginalisierte Arbeiter*innen in Asien eine kollektive Stimme.
- 10 Schlechte Auftragslage, keine Überstunden: Textilarbeiter*innen in Kambodscha ringen um ihre Existenz.
- 11 Im Southern African Regional Network kämpfen informelle Arbeiter*innen gemeinsam gegen Ausbeutung.
- 13 Der SOLIFONDS unterstützt seit 40 Jahren Befreiungs- und Arbeitskämpfe weltweit.



12 Nachgefragt

Solidar-Vorstandsfrau Tamara Funciello ist inspiriert von ihrer Projektreise nach El Salvador zurückgekehrt.



16 Anpacken

Repon Chowdhury möchte in Bangladesch menschenwürdige Arbeit für alle verwirklicht sehen.

14 Festgehalten

15 Solidar empfiehlt

18 Sudoku & Medienschau

19 Mitkämpfen & Impressum

20 Danke

IM FOKUS – GEWERKSCHAFTEN IM WANDEL





Motorradkurier*in in Bangkok bei der Auslieferung.

Immer mehr Menschen arbeiten ohne feste Anstellung. Die soziale Sicherheit nimmt ab, während repressive Regierungen den Handlungsspielraum der Gewerkschaften zunehmend einschränken. Es braucht neue Organisationsformen: Die Gewerkschaften sind herausgefordert, und die Arbeiter*innen schliessen sich in innovativen Initiativen zusammen.

NEUE FORMEN DER ARBEIT, NEUE FORMEN DER ORGANISIERUNG

*Text: Barbara Caracciolo und Martina Corti,
SOLIDAR-Netzwerk, Fotos: Chris Bird und ILO,
Cartoon: Grizelda*

Die heutige Arbeitswelt ist mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert: von der Klimakrise und dem gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft, über die fortschreitende Digitalisierung, die Erholung von der Covid-19-Pandemie und den Mangel an guten Arbeitsplätzen, bis hin zum Krieg in der Ukraine und zum Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise, der es Arbeiter*innen immer schwerer macht, über die Runden zu kommen. Gleichzeitig bestehen viele Defizite im Bereich der menschenwürdigen Arbeit fort: Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hatten 2022 vier Milliarden Menschen weder Zugang zur Gesundheitsversorgung noch ein sicheres Einkommen,



während 214 Millionen Arbeitnehmende in extremer Armut lebten und zwei Milliarden in der informellen Wirtschaft tätig waren.

Die Digitalisierung der Wirtschaft hat die Arbeitsbedingungen tiefgreifend verändert, beschleunigt durch die Pandemie. Einer der sichtbarsten Aspekte ist die Entwicklung der Gig Economy mit den beliebten Job-Plattformen wie Deliveroo, Glovo oder Uber.

Plattformökonomie: eine neue Form der Prekarisierung?

In den letzten Jahren haben sowohl webbasierte Plattformen, auf denen Arbeitnehmer*innen Aufgaben online erledigen, als auch ortsgebundene Plattformen, für die Aufgaben an einem bestimmten Ort erledigt werden (z. B. Taxi-, Liefer- und Heimdienste, Hausarbeit und Pflegearbeit), zugenommen. Gemäss ILO gab es 2021 weltweit insgesamt fast 800 digitale Arbeitsplattformen beider Arten, wobei die meisten bei den Lieferdiensten zu finden sind. Ein Merkmal der Gig Economy ist, dass die Beschäftigten häufig als selbständig Erwerbende behandelt werden. So müssen die Plattformen weder Sozialversicherungsbeiträge zahlen noch einen angemessenen Mindestlohn bieten. Aufgrund

ihres Status und ihrer Isolierung braucht es neue Strategien, um die Plattformarbeiter*innen zu organisieren.

Innovative Formen der Organisation

Weltweit entstehen Formen der Organisation, die von informellen Gemeinschaften der Arbeitnehmenden bis hin zu Gewerkschaften reichen – nicht nur in der Plattformökonomie.

Zu den selbstorganisierten Initiativen gehört ein Kollektiv von Strassenhändler*innen in Bangladesch. Es hat das Wohnproblem seiner Mitglieder gelöst und kämpft dafür, dass das Arbeitsgesetz auch für Strassenhändler*innen gilt (siehe Seite 16). Oder ein Netzwerk im Südlichen Afrika, das sich länder- und sektorenübergreifend für faire Arbeitsbedingungen und Festanstellungen von Gelegenheitsarbeiter*innen engagiert (siehe Seite 11). Indonesien ist ebenfalls ein bemerkenswertes Beispiel mit Hunderten informeller Gemeinschaften von Lebensmittel-Lieferant*innen, die sich in allen Belangen gegenseitig beraten. Die Gewerkschaften unterstützen deren Gründung und fordern Verhandlungsrechte für in der Gig Economy Tätige. In verschiedenen Ländern Asiens bietet Solidar Suisse eine Plattform für informell und prekär Beschäftigte, auf der sie

Heimarbeiterinnen auf den Philippinen nähren Regenschirme.

innovative Organisationsmodelle und -strategien teilen und sich austauschen, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern (siehe Seite 8).

In lateinamerikanischen Ländern wiederum riefen Über-Beschäftigte einen regionalen Streik aus, an dem Arbeiter*innen in Argentinien, Chile, Ecuador und Mexiko teilnahmen. In Brasilien hat der Nationale Rat der Gewerkschaften für Lieferant*innen, Motorrad- und Velokurier*innen ein Manifest veröffentlicht, das die Anerkennung des Angestelltenverhältnisses zwischen Arbeitnehmenden und Auftraggebenden fordert und gewerkschaftsfeindliche Praktiken anprangert.

Europäische NGOs und Gewerkschaften vereint für Plattformangestellte

Dank innovativer Organisationspraktiken der Arbeitenden hat es die Plattformökonomie auch auf die Agenda der EU geschafft. Um menschenwürdige Arbeit und das Recht auf Tarifverhandlungen zu garantieren, braucht es rechtliche und politische Reformen. Ein Beispiel ist die EU-Richtlinie für Plattformbeschäftigte, über die derzeit verhandelt wird. Sie kann ein wirksames Instrument sein, um die Rechte von Plattformarbeiter*innen zu schützen, indem diese automatisch als Angestellte statt als Selbständige eingestuft werden und so Zugang zu sozialem Schutz erhalten und unter Gesundheits- und Sicherheitsstandards fallen. Ausserdem soll die allgegenwärtige algorithmische Überwachung und Kontrolle von Plattformarbeitenden, die diskriminierende Praktiken und die Verletzung grundlegender Rechte ermöglicht, verhindert werden.

Auswirkungen der Plattformökonomie auf den Arbeitsmarkt

Die Entwicklungen in der Gig Economy wirken sich auch auf den Rest der Arbeitswelt aus und führen zur sogenannten «Plattformisierung» der Arbeit. Deshalb sind sie für alle Arbeitnehmer*innen und die Zukunft der Arbeit von Bedeutung. Ein Rückschritt bei den sozialen Rechten in der Plattformökonomie kann einen dramatischen Spillover-Effekt haben und muss deshalb dringend verhindert werden.

Menschenwürdige Arbeit für Plattformbeschäftigte ist unabdingbar, um den digitalen Wandel zu gestalten und niemanden zurückzulassen. Deshalb

wird das SOLIDAR-Netzwerk, dem Solidar Suisse angehört, auf eine europäische Gesetzesinitiative drängen, die das Leben von Millionen von Plattform-

Vier Milliarden Menschen haben weder Zugang zur Gesundheitsversorgung noch ein sicheres Einkommen.

arbeiter*innen verbessert und sich für die Achtung der Vereinigungsfreiheit, angemessene Mindestlöhne und sozialen Schutz für alle Arbeitnehmenden in Europa einsetzt. Denn sie kann weltweit als Vorbild dienen.

«Sie werden pro Tod bezahlt und müssen Ihren eigenen Mantel und Ihre eigene Sense mitbringen.»



“You’ll be paid per death, and will need to provide your own cloak and scythe.”



Gelegenheitsarbeiterin Phat Sam Ath hievt auf einer Plantage in Kambodscha Ölpalmen-Früchte in den Lastwagen.

MARGINALISIERTE ARBEITER*INNEN IN ASIEN SCHLIESSEN SICH ZUSAMMEN

Während die formelle Wirtschaft zunehmend dem Outsourcing zum Opfer fällt, erheben die in der Gig Economy Beschäftigten ihre kollektive Stimme.

*Text: Fahmi Panimbang und Astika Andriani, Mitarbeiter*innen Asien-Programm, Fotos: Saobora Narin/Fairpicture und Solidar Suisse*

In Asien sind bis zu 88 Prozent der Arbeiter*innen in der Gig Economy, Hausarbeit, Fischerei und im Bauwesen informell beschäftigt. In der Landwirtschaft erreicht ihr Anteil sogar mehr als 90 Prozent. Doch auch in der formellen Wirtschaft nehmen Outsourcing und die Vergabe von Unteraufträgen zu. Dabei werden Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vernachlässigt, Sozial- und Vorsorgeleistungen verschwinden zunehmend.

Ohne Organisation keine Rechte

Weil es kaum Organisationen gibt, die ihre Interessen vertreten, sind informell Beschäftigte zusätzlich marginalisiert, denn ohne Selbstorganisation und Verhandlungen ist es kaum möglich, Rechte einzufordern. Vor allem in den neu entstehenden Branchen wie Lebensmittel-Lieferungen, Transportdienste und anderen App-basierten Leistungen sind sich die Arbeitenden zunehmend bewusst, dass sie mit ihrer kollektiven Stimme die Situation verändern können,

und suchen nach Möglichkeiten, sich zusammenzuschliessen. Gleichzeitig wird in der formellen Wirtschaft der Zugang zu etablierten Gewerkschaften oder Arbeiter*innenorganisationen beschnitten, insbesondere da in der ganzen Region der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft zunehmend eingengt wird. Gewerkschafter*innen werden unter vorgeschobenen Gründen entlassen, weil sie als Unruhestifter*innen angesehen werden. Dies schreckt die Angestellten ab, sich einer Gewerkschaft anzuschliessen, da sie befürchten, dass ihre Arbeitsverträge nicht verlängert werden.

Plattform für den Austausch innovativer Organisationsformen

Solidar Suisse hat eine Plattform für informell und prekär Beschäftigte geschaffen, damit sie sich auf regionaler Ebene und über verschiedene wirtschaftliche Sektoren und Ländergrenzen hinweg über innovative Organisationsmodelle und -strategien

austauschen und voneinander lernen können, um Zugang zu menschenwürdiger Arbeit zu erhalten und ihre Verhandlungsmacht zu stärken. Denn für Wanderarbeiterinnen, Selbständige, Heimarbeiter und Plattformarbeiterinnen ist es nicht einfach, eine Gewerkschaft zu gründen, zu registrieren oder einer solchen beizutreten.

Aktiv an der Plattform beteiligt sich in Kambodscha die inzwischen offiziell anerkannte Independent Democracy of Informal Economy Association (IDEA), die 2005 von informellen Arbeitnehmer*innen aus verschiedenen Bereichen – Tuk-Tuk-, Taxi-

«Weil wir eine Vereinigung haben, können wir kollektiv handeln.»

und Mototaxifahrer*innen, Strassenhändlerinnen, Hausangestellte, Müllsammler und im Service Tätige – gegründet worden ist. Für ihre Mitglieder ist in Städten wie Phnom Penh der Strassenverkauf die Haupteinnahmequelle. 75 Prozent der 16 419 Strassenhändler*innen sind Frauen. Sie sind gesetzlich nicht geschützt, sozial nicht abgesichert und der Willkür von korrupten Polizeibeamt*innen, die Geld von ihnen verlangen, schutzlos ausgeliefert. IDEA will die Lebensbedingungen ihrer 10 000 Mitglieder verbessern, indem sie diese über ihr Recht auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie auf Interessenvertretung informiert.

Informell Beschäftigte organisieren sich auch in diversen nicht offiziell anerkannten Gruppen, die andere Ziele haben als den Kampf um Rechte, Bewusstseinsbildung oder Verhandlungen mit den Arbeitgebenden. Sie reichen von Freizeit- und religiösen Gruppen über Frauenorganisationen und Menschen, die Spenden sammeln, um verunfallte Kolleg*innen zu unterstützen, bis hin zu Gruppen, die arbeitsbezogene Tipps und Informationen austauschen.

Kollektives Handeln

In Indonesien und Thailand gibt es Fahrer*innengemeinschaften (Transport- oder Lieferdienste), welche die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Sie können durch schnelle Interaktion über Stadtgrenzen hinweg kollektiv handeln, was konventionelle Gewerkschaften kaum tun. Ihre informelle und flexible Organisationsstruktur erleichtert es den Fahrer*innen, sich zu vernetzen. «Weil wir eine Vereinigung haben, können wir kollektiv handeln. Wir verhandeln zum Beispiel mit Leasingfirmen über bessere Bedingungen und den Verzicht auf Ratenzahlungen, wenn ein Mitglied finanzielle Schwierigkeiten hat. Und wir waren an der jüngsten Regierungsverordnung über Plattformunternehmen beteiligt», erzählt Agus Setiawan¹ von der Fahrer*innenvereinigung Asosiasi Driver Online in Jakarta stolz. Ermöglicht wird die neue kollektive Praxis der Arbeitnehmenden in der Gig Economy auch dadurch, dass sie aufgrund ihrer digitalen Arbeit permanent online sind und sich koordinieren können. Dazu kommen tägliche Treffen an ihren Rastplätzen. Darüber hinaus bedienen sie sich traditioneller gewerkschaftlicher Formen, um ihr Recht auf Tarifverhandlungen einzufordern, und versuchen, das bestehende Arbeitsgesetz zu nutzen.

Um ihre Gemeinschaften und die kollektive Handlungsfähigkeit zu stärken, organisieren sie Versammlungen, in denen sie sich über die Arbeitsbedingungen austauschen und über ihre Rechte informieren. Die etablierte Gewerkschaftsbewegung sollte darüber nachdenken, wie sie diese prekär Beschäftigten, die vom Schutz ihrer Arbeitsrechte ausgeschlossen sind, einbeziehen und sich systematischer mit ihren Anliegen auseinandersetzen kann.

¹ Name geändert

*Plattformarbeiter*innen demonstrieren in Jakarta für bessere Arbeitsbedingungen.*



UNERREICHBARE VORGABEN, ARBEIT IM TURNUS UND REPRESSION

In Kambodscha wälzen die Arbeitgebenden die Folgen der gesunkenen Aufträge auf ihre Angestellten ab und hindern sie daran, sich zu organisieren.

Text: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität, Foto: Saobora Narin/Fairpicture



Tang Syma kann nur ausserhalb der Fabrik über ihre Arbeitsbedingungen sprechen.

Selbst in der kambodschanischen Textilindustrie, wo 60 bis 70 Prozent der Arbeiter*innen gewerkschaftlich organisiert sind, zeigt sich eine Tendenz zur Prekarisierung. So haben die Fabrikbesitzer*innen Mittel und Wege gefunden, um profitabel mit der schlechten Auftragslage seit der Pandemie umzugehen. Die Arbeiter*innen der Hung-Wah-Fabrik können beispielsweise nur noch im Turnus arbeiten: zwei Monate die eine Hälfte der Belegschaft, zwei Monate die andere. Wenn die Angestellten nicht zur Arbeit dürfen, erhalten sie 40 Dollar Kompensation pro Monat. Dies entspricht einem Fünftel des Mindestlohns. Ohne Überstunden kann auch von diesem niemand leben. Unter der Drohung, dass die Fabrik sonst schliessen müsse – was zur Entlassung der

Tausend Arbeiter*innen geführt hätte –, erklärte sich die Gewerkschaft und Solidar-Partnerorganisation C.Cawdu mit der Arbeit im Turnus einverstanden. Um über die Runden zu kommen, hat die Qualitätskontrollerin Em Chin sich bisher Geld von Verwandten geliehen. Aber auf Dauer ist das keine Lösung.

Überstunden nur bei Erfüllung der Vorgabe

Noch perfider behandelt die Fabrik Quint Major Industrial (QMI) ihre Angestellten: «Sie haben die Produktionsvorgabe verdoppelt – was natürlich kaum mehr jemand erreicht», erzählt Tang Syma, die seit sechs Jahren als Näherin in der QMI-Fabrik arbeitet, die unter anderem für die Marken Polo, Puma, Jack Wolfskin und North Face produziert. «Früher wurden wir beschimpft und mussten länger arbeiten, wenn wir die Vorgabe nicht erfüllten. Heute darf ich dann keine Überstunden machen.» Normalerweise erhielt sie bei zwei Überstunden pro Tag zusätzlich zum Mindestlohn von 194 Dollar monatlich etwa 50 Dollar. Damit ist es nun vorbei. Doch wie die meisten Textilarbeiter*innen ist Tang Syma auf diesen Zuschlag angewiesen.

Repression gegen Gewerkschafter*innen

Trotzdem haben auch die Angestellten bei QMI nicht protestiert: «Wenn du dich wehrst, steht die Leiterin der Produktionslinie stets in deiner Nähe und beschimpft dich, um dich anzutreiben», erzählt Symas Kollegin Kim Sreyrov. Sie hat früher selbst eine Produktionslinie angeführt, wurde jedoch zur einfachen Arbeiterin zurückgestuft, weil sie der Gewerkschaft angehört. Die Arbeitgebenden versuchen, ihre Angestellten vom Beitritt abzuhalten, zum Beispiel indem sie gewerkschaftlich Organisierten mit der Kündigung drohen oder tatsächlich kündigen – und sie auf eine schwarze Liste setzen, sodass sie keine Anstellung mehr finden. Doch Kim Sreyrov berichtet auch von Erfolgen der Gewerkschaft: «In den letzten Jahren wurden in der ganzen Fabrik die befristeten in unbefristete Verträge umgewandelt.»



Ihre Spende wirkt

Mit 50 Franken wird ein*e entlassene*r Arbeiter*in rechtlich vertreten und mit einer Monatsmiete unterstützt. 75 Franken decken die Essenskosten für einen Monat. Mit 100 Franken erhalten zwanzig Angestellte eine halbtägige Schulung zu ihren Arbeitsrechten.

EINE STIMME FÜR DIE UNGEHÖRTEN

Das Southern African Regional Network fördert den Austausch von informell beschäftigten Arbeiter*innen im südlichen Afrika, damit sie ihre Situation verbessern können.

Text und Foto: Melanie Wirz, Medienverantwortliche

Ein heisser Tag in Kapstadt, obwohl ein stürmischer Wind durch die alten kolonialen Bauten der Vorstadt Mowbray braust. Hier wartet Nandi Vanqa-Mgijima auf mich. Sie ist die Leiterin des Southern African Regional Network (SARN), das sich für Arbeiter*innen in prekären Bedingungen einsetzt. Es wurde 2020 von Solidar Suisse und der südafrikanischen Partnerorganisation Casual Workers Advice Office (CWAO) initiiert, um den länderübergreifenden Austausch über Organisationsformen zu fördern. Hier werden aktuelle Entwicklungen und Probleme, mit denen Arbeitnehmer*innen konfrontiert sind, analysiert – zum Beispiel wie multinationale Konzerne und Grossunternehmen die Arbeitsgesetze handhaben. «Unser Hauptziel ist, Arbeitnehmer*innen ohne formelle Anstellung zu stärken. Sie sollen ihre Rechte einfordern können, um ihre Situation zu verbessern», führt die Koordinatorin aus.

Leiharbeit und Null-Stunden-Verträge

Das Netzwerk besteht aus sieben Organisationen aus dem Südlichen Afrika: Gewerkschaften für Hausangestellte in Namibia, für Landarbeiter*innen in Zimbabwe und Sambia, Arbeitnehmende in der Zuckerindustrie in Mauritius, im kommerziellen Sektor in Lesotho sowie ein Forum in Südafrika, das sektorübergreifend informell Tätige organisiert. Darin sind hauptsächlich Gelegenheits- oder befristete Arbeiter*innen aus den jeweiligen Sektoren vereint, die für faire Bedingungen und Festanstellungen kämpfen – und diesen Kampf nun vernetzen wollen.

Um beim Beispiel Südafrika zu bleiben: Nach nahezu 30 Jahren Demokratie sind die Arbeitslosigkeit und die hohe Zahl an Gelegenheitsarbeiter*innen noch immer ein grosses Problem. 5,6 Millionen Erwerbsfähige zwischen 18 und 34 haben keine Arbeit. Sie stellen die Mehrheit der prekär Beschäftigten: Leiharbeit, Gelegenheitsarbeit, Null-Stunden-Verträge. Bei einer Bevölkerung von über 60 Millionen waren 2020 fast fünf Millionen Arbeitnehmende in Südafrika informell beschäftigt. Die meisten davon Frauen und Wanderarbeiter*innen – ohne Garantie für regelmässige Arbeit und ohne soziale Absicherung. «Das ist moderne Sklaverei», sagt Nandi

Vanqa-Mgijima, «und wird durch die flexibel gestalteten Arbeitsgesetze des Landes ermöglicht: Statt dem Schutz der Arbeitnehmenden stehen Profit und neoliberale Marktpolitik im Vordergrund.»

Vereint gegen Ausbeutung

An den Wänden hinter Nandi Vanqa-Mgijima hängen Poster von früheren Kampagnen mit Slogans wie «Why are so many people hungry?», Bücherregale sind gefüllt mit archivierten Zeitungsartikeln. «Südafrika hat eine reiche Geschichte von Bewegungen für Freiheit und Gerechtigkeit», sagt die 53-Jährige und erzählt von der Arbeiter*innenbewegung, die eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Apartheid spielte. «Ironischerweise ist die Macht der Gewerkschaften wenige Jahre nach ihrem Höhepunkt 1994 verkümmert.» Diese sind bei der Organisation heute inexistent. Hier setzt das Netzwerk an: «Wir wollen Lösungsansätze erarbeiten, Kampagnen lancieren und auf der politischen Ebene einen Wandel zugunsten von prekär Beschäftigten vorantreiben. Arbeitnehmer*innen aller Nationalitäten sollen sich zusammenschliessen und eine starke Bewegung aufbauen, um der Ausbeutung entgegenzuwirken.»

Nandi Vanqa-Mgijima engagiert sich für informell Beschäftigte, die von den traditionellen Gewerkschaften wenig zu erwarten haben.





Foto: Solidar Suisse

«WENN DU GEWALT BENENNST, KANNST DU SIE BEKÄMPFEN»

Tamara Funciello hat im Februar die Solidar-Projekte in El Salvador besucht. Wir wollten wissen, was sie von der Reise zurückbringt.

Interview: Benjamin Gross, Leiter Marketing und Kommunikation

Was hat dich am meisten beeindruckt?

Die Frauen, die ich kennengelernt habe. Sehr inspirierend war die Begegnung mit Mercedes Cañas, einer Mitarbeiterin des Solidar-Koordinationsbüros: ihre bewegte Geschichte, wie positiv und kämpferisch sie noch immer ist, ihr grosses Engagement gegen sexuelle Gewalt. Beeindruckt hat mich auch die junge Bäuerin Noemie Laínez, die dank Businessstraining und Startbeitrag von Solidar Suisse Hühner und Schweine kaufen und einen Laden eröffnen konnte. So ist sie unabhängig von Männern und ihrer Familie und kann sich wirklich schützen, wenn sie Probleme hat.

Was hast du nicht erwartet?

Dass die Armut so extrem ist. Ich wusste ja, dass ich in ein armes Land reise. Aber wir waren an Orten, die kein fliessendes Wasser haben, wo eben erst Elektrizität

installiert wurde und die Leute wirklich zu wenig zu essen haben. Das hat mich beschäftigt.

Aber es war schön zu sehen, wie konkret Solidar Suisse arbeitet. Da geht es nicht um Überlegungen auf der Metaebene in schönen Büros, nicht um abstrakte Konzepte, sondern um Arbeit, wo sie nötig ist: damit Frauen Ausbildungen machen können, um unabhängig zu sein, damit sie ihre Rechte kennen und andere Frauen unterstützen können. Das zu sehen, war sehr bereichernd.

Was sind die Parallelen zu deiner Arbeit in der Schweiz?

Es ist schon krass zu sehen, dass die Probleme von Frauen weltweit die gleichen sind, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass: Es geht um Gewalt, unbezahlte Care-Arbeit, Zugang zu Lohnarbeit. Dafür braucht es Lösungen, die hier wie dort in gemeinsamen Räumen gefunden werden.

War die angespannte politische Situation im Land spürbar?

Ja, bis in die kleinsten Gemeinden. Die Unterstützung des Staates fehlt an allen Ecken und Enden: Es mangelt an Trinkwasser, an Strassen, an jeglicher Infrastruktur. Bei meinem Treffen mit einer Oppositionspolitikerin (siehe Bild) hat mich beeindruckt, wie klar sie ist in ihren Vorstellungen und wie sie weiterkämpft, obwohl das sehr hart ist als eine von vier linken Stimmen in einem 80-köpfigen Parlament.

Was nimmst du mit zurück?

In der Schweiz haben wir viel von der feministischen Bewegung in Lateinamerika gelernt. Und jetzt nehme ich mit, wie über Gewalt gesprochen wird. Es gibt hier sehr klare Begriffe, um Gewaltstrukturen zu benennen. In der Schweiz reden wir von Gewalt und meinen physische oder maximal psychische Gewalt. Hier wird von politischer Gewalt, von ökonomischer Gewalt etc. gesprochen. Wenn du Gewalt genau benennst, kannst du sie bekämpfen, weil du weisst, worum es geht. Das ist nützlich für meine politische Arbeit.

Wie würdest du deine Reise in zwei Worten beschreiben?

Hombre funcional. Damit werden Männer bezeichnet, die in der Gesellschaft nicht die traditionelle Rolle spielen, sondern zu Hause Verantwortung übernehmen. Ein schöner Begriff.

Die Solidar-Vorstandsfrau Tamara Funciello wird am 25. Mai an unserer Podiumsdiskussion zum Thema «Kämpferinnen: Wie Frauen sich weltweit gegen Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung wehren» von ihren Erfahrungen in El Salvador berichten. Volkshaus, Blauer Saal, 19.15 Uhr

40 JAHRE SOLIFONDS

1983 zur Unterstützung der Befreiungskämpfe «in der Dritten Welt» gegründet, stärkt der SOLIFONDS Arbeitskämpfe weltweit. Ein Interview mit Mitarbeiterin Aurora García.

Interview: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität, Foto: IDWF

Welchen neuen Formen der Arbeit begegnet der SOLIFONDS?

Es zeigt sich eine zunehmende Informalisierung, und die Temporärarbeit hat stark zugenommen. Social Media und Handys erleichtern einerseits die Organisation und Informationsvermittlung bei den Gewerkschaften, andererseits sind sie ein Repressionsinstrument für Regierungen. So wurden beispielsweise in Algerien und Kambodscha Gewerkschafter*innen aufgrund von Facebook-Posts verhaftet. Sadsawu, die südafrikanische Gewerkschaft für Hausangestellte, hat bereits mit Kursen für den sicheren Umgang mit dem Handy darauf reagiert.

Ein positives Beispiel gibt es auch aus Malaysia: Das outgesourcte Reinigungspersonal hat eine Kampagne gestartet, damit seine Bedeutung anerkannt wird. Die Arbeiter*innen fuhren von Spital zu Spital und machten Protestaktionen, bei denen sie Forderungen an den Gesundheitsminister stellten. Darauf bedacht, wie in den sozialen Medien über ihn gesprochen wird, war er bereit, sie zu treffen. Anschliessend liess er verlauten, dass diese Arbeiter*innen tatsächlich sehr wichtig seien für die Spitäler.

Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Organisation?

Dass informelle und Temporärarbeiter*innen oft nicht in Gewerkschaften aufgenommen werden dürfen.



Sadsawu fordert an einer Aktion in Kapstadt würdige Arbeitsbedingungen für Hausangestellte.

Doch sie sind inzwischen auch in der formellen Wirtschaft häufig die Mehrheit. Schwierig ist auch, informell Beschäftigte zu erreichen. In Brasilien suchen Gewerkschaftsvertreter*innen mit Hausangestellten an Bushaltestellen das Gespräch. In Pakistan gehen sie bei den Heimarbeiter*innen von Tür zu Tür. Natürlich ist das sehr aufwendig. Deshalb braucht es solidarische Unterstützung, wie sie der SOLIFONDS oder Solidar Suisse leisten.

DARÜBER REDEN Christof Hotz, Nachlassbetreuer

Als Nachlassbetreuer bei Solidar Suisse habe ich in den letzten 17 Jahren viele berührende Momente erlebt. Manchmal gibt es nur eine amtliche Mitteilung, Solidar sei mit einem Legat über soundso viele Franken berücksichtigt worden. Wenn wir miterben, erhalte ich auch das Testament und kann sehen, wie viele Gedanken sich diese Menschen darüber gemacht haben, wie sie nach ihrem Tod weiterwirken wollen. Ich lese Wünsche wie «für unterdrückte Frauen in Lateinamerika», «für die Menschen in Burkina Faso» oder «damit Jugendliche einen Beruf erlernen können». Diese erfüllen wir selbstverständlich gerne, sind sie doch Ausdruck des Bedürfnisses, über das eigene Leben hinaus zu etwas Sinnvollem beizutragen.

In ganz seltenen Fällen wird Solidar Suisse als Alleinerbin eingesetzt von Menschen, die uns über Jahre und Jahrzehnte mit kleineren Spenden unterstützt haben, ohne uns mitzuteilen, was für ein grosszügiges Abschiedsgeschenk sie vorbereiten. So geschehen im letzten Herbst, als ich erfuhr, dass wir einen Hausteil erben. Das freut uns natürlich sehr, weil wir wissen, dass der Verstorbene damit viel Gutes bewirkt. Andererseits tut es mir leid, dass ich nicht persönlich Danke sagen kann. Sehr schön ist es deshalb, wenn mir jemand die Absicht, Solidar Suisse im Testament zu berücksichtigen, mitteilt, damit ich mich bedanken kann. Sie erreichen mich unter 044 444 19 45 oder christof.hotz@solidar.ch.



Foto: Solidar Suisse

ABSCHLUSS DER NOTHILFE IN SULAWESI

Ende September 2018 bebte in Sulawesi die Erde und löste einen Tsunami aus, der anschliessend die verwüstete Insel traf. Solidar Suisse leistete Nothilfe, gefolgt von Unterstützung beim Wiederaufbau. Dabei wurden Kleinunternehmer*innen, mehrheitlich Frauen, mit Trainings, Beratung und Startbeiträgen unterstützt, um sich wieder eine Existenz aufzubauen. Das letzten Oktober abgeschlossene Projekt war ein Erfolg: In immer mehr Regionen führte es zur Gründung von Produzent*innen-Organisationen, zum Beispiel beim Anbau von Kokos- oder Muskatnüssen oder beim Fischfang. Unsere Partnerorganisation Muhammadiyah Disaster Management Center (MDMC) wurde durch die Zusammenarbeit gestärkt und kann nun professioneller Projekte durchführen.

PRÄVENTION VON GEWALT AN FRAUEN IM KOSOVO

Im Januar hat Solidar Suisse zusammen mit dem Kosovar Gender Studies Center ein Projekt gestartet, um das Bewusstsein für die grassierende Gewalt gegen Frauen im Kosovo und deren schwerwiegenden Folgen für die Gesellschaft als Ganzes zu schärfen. Neben der Sensibilisierung für Frauenrechte und Chancengleichheit an Schulen und in den Medien werden in sechs Gemeinden Strukturen geschaffen, um Gewalt zu verhindern und Betroffene zu unterstützen. Bestehende Zusammenarbeit wird gefördert, und die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Akteur*innen wie Frauenhäuser, NGOs, Staatsanwaltschaft, Polizei und Behörden werden verbessert, damit sie konkrete Massnahmen entwickeln können.



Foto: WeBalkanEU



Foto: zVg

NEUES LEBEN FÜR YULIIA TEMCHENKO

Drei Tage nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine flüchtete Yuliia Temchenko mit ihren zwei Söhnen nach Rumänien (siehe Artikel in Solidarität 2/2022). «In Brasov erhielten wir Hilfe und konnten einen Moment zur Ruhe kommen», sagt Yuliia Temchenko ein Jahr später in Svendborg, Dänemark, wo sie heute lebt. In Brasov war sie unsicher, wie es weitergehen soll. Mit Unterstützung der Solidar-Partnerorganisation Migrant Integration Center, die neben der Befriedigung der Grundbedürfnisse Informationen zu Rechten und Möglichkeiten sowie psychologische Beratung bietet, entschied sie sich, nach Dänemark weiterzureisen. «Ich bin froh, jetzt nicht in der Ukraine zu sein, und dass wir es nach Dänemark geschafft haben», sagt die 38-Jährige.

WO LIEGEN MEINE BLINDEN FLECKEN?

Der Besuch der Ausstellung «Blinde Flecken – Zürich und der Kolonialismus» war für mich ein bewusstseinsweiterndes, schmerzhaftes und beschämendes Erlebnis.

Text: Florance Hildebrand, Programm-Assistentin

Die Schweiz war während der Kolonialisierung finanziell an der Verschleppung von rund 170 000 Menschen beteiligt. Sie hat vom menschenverachtenden System der Unterdrückung profitiert wie alle Kolonialmächte – will sich jedoch einmal mehr aus der Verantwortung stehlen.

Ahn*innenforschung

Auch viele Zürcher*innen profitierten, wie verschiedene Porträts zeigen. Zum Beispiel der Botaniker Conrad Keller (1848–1930): Ein Bild von einer Forschungsreise zeigt ihn in einer Art Sänfte, getragen von vier Madegassen. Plötzlich erinnere ich mich, wie lustig ich es als Kind fand, wenn mein Vater erzählte, wie er auf dem Anwesen seiner Familie in Ruanda einem Angestellten im Garten sagte: «Komm her und stosse mich» (in der Schubkarre). Es war einer der wenigen Sätze, die er auf Kinyarwanda sagen konnte. Mein Vater verbrachte ein paar Jahre seiner Kindheit in Ruanda, weil mein Grossvater dort 1963–68 im Rahmen der Schweizer Entwicklungshilfe als Arzt arbeitete – in einem Spital, dessen Leitung er von der früheren Kolonialmacht Belgien übernahm. Ich habe weder die «selbstlosen» Motive meines Grossvaters noch den Lebensstil seiner Familie jemals hinterfragt.

Die Ausstellung zeigt, dass unser aktuelles Wirtschaftssystem und Konsumverhalten auf kolonialen Strukturen beruht und weltweit weiterhin Millionen von Menschen ausgebeutet werden, um dem Globalen Norden seinen hohen Lebensstandard zu ermöglichen. Wir pflegen unsere Körper mit duftenden Feuchtigkeitscremes, während in Malaysia hunderttausende von Wanderarbeiter*innen auf Palmölplantagen unter unwürdigen Bedingungen schuften. Diese unterstützt Solidar Suisse im Kampf für ihre Rechte – in einer ehemaligen Kolonie wie fast alle unsere Projektländer.

Mehrfache Unterdrückung

Besonderen Eindruck haben mir die Statements von Schwarzen Frauen gemacht, die doppelt unterdrückt sind. So erzählt die Co-Leiterin des Theaterhauses Gessnerallee Zürich Michelle Akanji in einer Audioinstallation, dass die Leute meist selbstverständlich davon ausgehen, sie sei Schauspielerin und nicht Teil der Theaterleitung.

Habe ich mich während meiner Schulzeit mit People of Colour in meiner Klasse solidarisiert? Ich weiss noch, wie ich eine Mitschülerin, deren Familie aus dem Irak kam, über den Islam ausgefragt habe. War das angenehm für sie? Kaum, wie mir das energische Statement von Lina im Kunstwerk «Die am meisten missachtete Frau» zeigt: «Was passiert isch, bsunders nach George Floyd: Du bisch wie en wandelnde Informationsposchte. D'Gsellchaft chunnt dänn uf dich zue und findet: «Du bisch Schwarz, erklär mir jetzt, wie das isch.» Aber was viel Lüt nöd wüssed: Es sind sehr persönli und au schmerzhafti Erfahrig – und wer bisch du, wod s'Gfühl häsch, dass ich dir die Informatione über mis Läbe wet gäh?»

Zum Stichwort Intersektionalität hätte die Ausstellung jedoch etwas besser machen können, indem sie inklusiver gestaltet worden wäre. Als Person mit Mobilitätseinschränkung war es anstrengend, beim Lesen stundenlang stehen zu müssen. Die Texte sollten auch als Podcast zugänglich sein – und in Englisch und Französisch.

Was kann ich tun?

Die Ausstellung entlässt mich mit vielen Fragen: Warum ging mein Grossvater nach Ruanda, und wie hat seine Familie dort gelebt? Wie prägt die koloniale Geschichte meine Denkweise? Wie kann ich dazu beitragen, dass die Arbeit von Solidar Suisse Menschen in ihrem Kampf gegen ein ausbeuterisches System tatsächlich unterstützt und nicht koloniale Strukturen zementiert? Wie kann ich meinen Rassismus überwinden?



Die Ausstellung ist bis zum 15. Juli im Stadthaus Zürich zu sehen.



SCHWINDENDER SPIELRAUM FÜR GEWERKSCHAFTEN

Repon Chowdhury setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte der Arbeiter*innen in Bangladesch ein. Seine Vision ist, dass würdige Arbeit für alle Realität wird.

Text: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität, Fotos: zVg

«In Bangladesch sind nur 20 Prozent der Arbeitenden im formellen Sektor tätig. Und informell Beschäftigte fallen nicht unter das Arbeitsgesetz», sagt Repon Chowdhury, Geschäftsleiter der Solidar-Partnerorganisation Occupational Safety, Health and Environment Foundation (OSHE) seit sie im Jahr 2004 gegründet wurde.

Repression gegen Gewerkschaften

Zu den traditionell informell tätigen Strassenverkäufern, Abfallsammlerinnen, Landarbeitern und Hausangestellten kommen nun die in der Gig Economy Tätigen dazu. «Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, soziale Sicherheit gibt es keine. Einige haben es trotzdem geschafft, sich in Kooperativen zu organisieren», erzählt Chowdhury. Hier unterstützen sich die Beschäftigten gegenseitig und stellen Forderungen an die Regierung, Unternehmen und Subunternehmen. Mit Erfolg: So hat Sinnamul Hawker Samity, eine Kooperative von Strassenhändler*innen in Dhaka, ein Solidaritäts-Wohnprojekt

umgesetzt für sehr arme Mitglieder, die ihre Dörfer verlassen mussten, weil der Fluss aufgrund des Klimawandels ihr Land weggeschwemmt hat.

«Die Regierung schützt die fundamentalen Rechte der Arbeitnehmenden nicht», weiss Chowdhury aus Erfahrung. «Im Gegenteil, sie beschäftigt selbst zunehmend Gelegenheitsarbeiter*innen oder stellt ihr Personal über Temporärfirmen ein, um die Verantwortung als Arbeitgebende zu umgehen.» Ausserdem geht sie gegen nicht als Gewerkschaften registrierte Initiativen vor oder verhaftet Gewerkschafter*innen.

Löhne, die nicht zum Leben reichen

Eines der dringendsten Anliegen sind existenzsichernde Löhne. «Nach der Pandemie sind die Preise massiv gestiegen, die Löhne jedoch nicht. So wird das Überleben für die Arbeitnehmenden schwierig. Ein Problem ist auch, dass es kaum Arbeitsinspektionen gibt.» OSHE setzt sich ebenfalls für umweltschonende Arbeitsstellen ein, «und wenn Jobs nicht

*Repon Chowdhury bei einer Solidaritätsaktion für die Opfer eines Brands in der Hashem Foods Factory in Rupgonj: Im Juli 2021 starben 54 Arbeiter*innen in den Flammen, weil die Türen verschlossen waren.*

aufrechterhalten werden können, müssen bei der Transition die Rechte der Angestellten berücksichtigt werden», sagt der Aktivist, dessen Vater und Grossvater bereits Gewerkschafter waren. «Bei uns gingen stets Gewerkschafter*innen ein und aus und trafen

«Die Konsument*innen müssen die Marken unter Druck setzen, die Einhaltung der Arbeitsrechte in ihren Lieferketten zu garantieren.»

sich zu Meetings. Das hat mich zu meinem Engagement inspiriert. Meine Mutter hat ihn immer unterstützt und für alle gekocht.» Heute lebt Chowdhury bei ihr, während seine Familie in Kanada wohnt. Dass er seit 2009 von seiner Frau und seinen drei Kindern im Alter von elf bis 19 Jahren getrennt lebt, ist für ihn die grösste Herausforderung. Doch er will, dass seine Kinder eine gute Ausbildung erhalten und in einer demokratischen Gesellschaft in Freiheit und Würde aufwachsen. Im Jahr 2000 mit seiner Frau nach Kanada emigriert, kehrte er zur Übernahme der OSHE-Geschäftsleitung allein nach Bangladesch zurück. Seither sieht er seine Familie in Kanada nur alle vier Monate. Dazwischen ist er täglich per

Video-Call mit ihr in Kontakt – keine einfache Sache bei elf Stunden Zeitverschiebung.

Giftige Lederindustrie

Doch dies tut seinem Engagement keinen Abbruch. OSHE setzt sich mit Unterstützung von Solidar Suisse zum Beispiel dafür ein, dass das Arbeits- und Umweltgesetz in der Lederindustrie angewendet wird, in der giftige Chemikalien ein grosses Problem sind. In den Gerbereien wissen die Angestellten nicht, wie gefährlich die Stoffe sind, mit denen sie täglich ohne Schutzmassnahmen hantieren. Auch die Menschen in der Umgebung der Fabriken leiden unter der Verschmutzung von Land und Flüssen: «Die Schliessung von Gerbereien, die das Umweltgesetz nicht einhalten, ist eine unserer Forderungen», sagt Repon Chowdhury.

Die Lederindustrie produziert auch Schuhe für den Export – zum Beispiel in die Schweiz, wo in Bangladesch produzierte Apex-Schuhe verkauft werden. Gewerkschaften gibt es kaum: «Organisierte Arbeitnehmer*innen werden einfach entlassen. OSHE gibt Trainings, um sie zu befähigen, unabhängige Selbstinitiativen zu bilden.» Denn diese können etwas erreichen, auch wenn sie von den Arbeitgebenden nicht anerkannt werden. So war ihr langer Kampf in der Textilindustrie und dem Bausektor erfolgreich: «Die Initiativen schafften es, sich als unabhängige Gewerkschaften zu etablieren. Sie gingen gegen das Verbot des Managements vor Gericht und erhielten die Erlaubnis, sich zu organisieren», erzählt Chowdhury stolz.

Verantwortung der Konsument*innen

Auch die Konsument*innen sieht er in der Verantwortung: «Sie müssen die Marken unter Druck setzen, die Einhaltung der Arbeitsrechte in ihren Lieferketten zu garantieren. Boykotte sind jedoch keine Lösung.

Was es braucht, sind durch Dritte kontrollierte Labels. Das gibt es im Ledersektor bislang nicht.»

Der 52-Jährige plant, in ein paar Jahren zu seiner Familie nach Kanada zurückkehren, auch wenn er nicht weiss, ob er dort nach 25 Jahren Tätigkeit in der Gewerkschafts- und Menschenrechtsbewegung eine Arbeit findet. Seine Vision sind sozialer Schutz und würdige Arbeit für alle Menschen in Bangladesch: «Das möchte ich realisiert sehen, bevor ich sterbe.»

Repon Chowdhury demonstriert für ein weltweites Verbot von Asbest.



4			1		5			
3					8			
	9	8				5	7	
		2	4					
	4		5		6		2	
					7	9		
	8	6				1	4	
			3					7
			8		9			6

SOLIDAR-SUDOKU

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3×3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel:
1=N, 2=M, 3=C, 4=I, 5=Y, 6=G, 7=O, 8=E, 9=L

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

- 1. Preis** Eine Tasche aus dem Women Crisis Center in Kambodscha
- 2. Preis** Ein Tuch des Red juvenil de los derechos sexuales y reproductivos aus El Salvador
- 3. Preis** Ein silbernes Buchzeichen aus Bolivien

Einsendeschluss ist der 23. Juni 2023. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Solidarität 3/2023 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in Solidarität 1/2023 lautete «Ungleichheit». Dorothea Cantieni-Gnehm hat eine Laptop-Tasche aus Kambodscha, Elio Plozza aus Brusio ein Münztäschchen aus Kambodscha und Michel Collet aus Penthalaz ein Buchzeichen aus Bolivien gewonnen.

Lösung:

Tages-Anzeiger

Tieflohn-Glückwünsche aus Pakistan

Tages-Anzeiger, 25.2.2023

Geburtstagsvideos aus der Fremde: Auf Fiverr.com verkaufen Männer aus Ländern wie Marokko oder Pakistan persönliche Videogrüsse. Menschen in der Schweiz amüsieren sich – oder beschwerten sich. Über einen Trend zwischen Jux und Rassismus.

(...) Von Ausbeutung spricht auch Felix Gnehm, der Direktor der NGO Solidar Suisse, die sich für faire Arbeit einsetzt. Firmen wie Fiverr nutzten rechtsfreie Räume aus und zahlten oft keine Sozialabgaben. Klar könnten sich Menschen in Schwellenländern mit Geburtstagsvideos ihr Einkommen aufbessern und erste Geschäftserfahrungen machen. Aber die Jugendarbeitslosigkeit werde durch dieses Mikro-Business nicht behoben. Auf der Welt gebe es immer noch knapp drei Milliarden Offline-Menschen. «Und junge Menschen wollen eigentlich einen nachhaltigen Job und nicht ein paar Batzeli für ihre Videos», sagt Felix Gnehm.

UNIA work

Unia fordert Visaerleichterungen»

Work, 16.2.2023

Die zerstörten Orte in der Türkei und Syrien brauchen dringend Hilfe. Die Unia fordert Visaerleichterungen für Familienangehörige aus den Katastrophengebieten.

Über 40 000 Tote, doppelt so viele Verletzte und etliche zerstörte Städte – so lautet die vorläufige Bilanz der Erdbeben vom 6. Februar. (...) Davon betroffen sind 23 Millionen Menschen, schätzt die WHO. Von einem «Plan des Schicksals» sprach der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan. Jede Verantwortung weist er von sich. Obwohl (...) die Behörden für Geld auch Pfschbauten im Erdbebengebiet bewilligten.

Immerhin: Menschen aus aller Welt helfen. Auch die Unia ruft zu Geldspenden auf. Sie empfiehlt, die Not- hilfekampagne von Solidar Suisse zu unterstützen. Das gewerkschaftliche Hilfswerk organisiert vor Ort Nahrungsmittel, medizinische Versorgung, Wasser und warme Kleidung.

cash

WEF 2023: Oxfam und Solidar Suisse wollen gerechte Vermögenssteuer für Reiche

Cash, 16.1.2023

Zu Beginn der WEF-Jahrestagung in Davos stellte die NGO Solidar Suisse unter Berufung auf einen aktuellen Oxfam-Bericht fest, dass eine gerechte Besteuerung für die am Treffen in Davos teilnehmenden Staats- und Regierungschefs ein Instrument gegen extreme Ungleichheit sein könnte. Solidar unterstütze die Forderungen von Oxfam, zum Beispiel, dass die Welt als Ausgangspunkt eine Halbierung des Reichtums und der Zahl der Milliardär*innen bis 2030 anstreben müsse. Dies könne geschehen etwa durch die Erhöhung der Vermögenssteuer für die reichsten ein Prozent der Welt.

Eine Vermögenssteuer von 2 Prozent für die Millionäre der Welt, von 3 Prozent auf Vermögen von mehr als 50 Millionen Dollar und 5 Prozent auf Vermögen von Milliardären würde laut Oxfam ausreichen, um 2 Milliarden Menschen aus der Armut zu befreien.

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten. Hier ein paar konkrete Vorschläge.

Auf zum feministischen Streik

Für den 14. Juni 2023 wird wieder zu einem grossen feministischen Streik aufgerufen. Forderungen sind eine allgemeine Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit, die Stärkung der AHV, Massnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt, die Abschaffung des privaten Krankenversicherungssystems sowie ein nationaler Plan zur Bekämpfung von jeglicher Diskriminierung.



ZU DEN AKTIONEN
feministischerstreikzuerich.ch

Lösen Sie unser Quiz zu Arbeits- und Frauenrechten

Wie viele Menschen arbeiten weltweit ohne Arbeitsvertrag und vielfach ohne soziale Absicherung? Welcher Anteil der Care-Arbeit wird von Frauen geleistet? Wie viele Menschen geniessen keinerlei sozialen Schutz? Für wie viel Prozent ihrer Arbeitszeit werden Männer bezahlt, für wie viel Frauen?



ZUM QUIZ
solidar.ch/quiz

Möchten Sie die Zukunft mitgestalten?

Das können Sie tun, indem Sie Solidar Suisse in Ihrem Testament berücksichtigen. Informationen finden Sie auf unserer Website. Unser Mitarbeiter Christof Hotz berät Sie gerne vertraulich, professionell und diskret zum Thema «Nachlassplanung», für die sich Anfang Jahr neue Möglichkeiten eröffnet haben.

E-Mail: christof.hotz@solidar.ch



TESTAMENT
solidar.ch/legat

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeber Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, 8005 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, solidar.ch
IBAN CH67 0900 0000 8000 0188 1
Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar
Redaktion Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Benjamin Gross, Sylvie Kipfer, Cyrill Rogger

Layout artischock.net
Übersetzungen Katja Schurter, Anne Walder Pfyffer
Korrektorat Jeannine Horni, Catherine Vallat
Druck und Versand Mattenbach AG, Technoramastrasse 19, 8404 Winterthur
Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000
Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag

inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–, Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr).
Gedruckt auf umweltschonendem Recyclingpapier.

Rückseite Zerstörte Häuser einen Monat nach dem Erdbeben im türkischen Antakya.
Foto: Solidar Suisse



Unterstützung für die am schlimmsten Betroffenen

Am 6. Februar erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7,8 den Südosten der Türkei und den Norden Syriens. Tagelang folgten tödliche Nachbeben. Viele Gebäude stürzten ein und begruben ihre Bewohner*innen unter sich. Dank Ihren Spenden konnte Solidar sofort aktiv werden und unterstützt marginalisierte Gruppen wie die syrischen Geflüchteten oder die Roma, die am meisten betroffen sind und am wenigsten Hilfe erhalten. **Herzlichen Dank dafür!**



solidar.ch/syrien-tuerkei

DANKE!